



Presseschau vom 17.05.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚DNS über HTTPS‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

Kubatbek Rachimow: Was Kirgisistan der wirtschaftliche Bruch mit Russland kostet

In jüngster Zeit kam in den sozialen und in einigen lokalen Medien die Frage auf, ob die Kirgisische Republik aus der Eurasischen Wirtschaftsunion austreten sollte, da Russland unter die massiven Sanktionen der westlichen Länder geraten ist.

<https://kurz.rt.com/2yws> bzw. [hier](#)

Andrej Restschikow, Michael Moschkin: Wie Waffen aus dem Westen durch die Ukraine auf den Schwarzmarkt gelangen

Wöchentlich mahnt das Pentagon die Behörden in Kiew, man sollte sorgfältig darauf achten, dass die vom Westen gelieferten Waffen nicht in die falschen Hände geraten. Für besondere Unruhe sorgen dabei die MANPADS. Wie gelangen diese Waffen auf den Schwarzmarkt? ...

<https://kurz.rt.com/2ywl> bzw. [hier](#)

Ian Miles Cheong: "Putins Preisschock": US-Amerikaner glauben ihrem Präsidenten Biden nicht mehr

Die US-Amerikaner ächzen unter den steigenden Kosten für Benzin, Lebensmittel und Mieten, die bereits seit Beginn der Pandemie allesamt kontinuierlich gestiegen waren. US-Präsident Joe Biden hat nun befunden, einfach mal den russischen Präsidenten Wladimir Putin für diese Misere verantwortlich zu machen. Er nennt das "Putins Preisschock" – aber die Bürger glauben ihm das einfach nicht. ...

<https://kurz.rt.com/2yxx> bzw. [hier](#)

de.rt.com: Proteste bei G7-Agrarministertreffen: Özdemir nennt Landwirte "radikalen Rand mit Pestizidmaschinen"

Das Treffen der G7-Agrarminister am Wochenende sorgte gleich mehrfach für Aufsehen – allerdings nicht wegen des prominenten Besuchs von Bundesagrarminister Cem Özdemir, sondern wegen der mit dem Treffen einhergehenden Proteste der Landwirte. Für diese hatte Özdemir keine guten Worte übrig. ...

<https://kurz.rt.com/2yyn> bzw. [hier](#)

Wolfgang Bittner: Ein Tribunal gegen die Freiheit des Wortes: Das deutsche PEN-Zentrum vor seiner Selbstabschaffung

Kontroverse Debatten um den Krieg in der Ukraine und der Rücktritt des Präsidenten, der nicht "Präsident dieser Bratwurstbude" sein wollte – die Jahrestagung des PEN-Zentrums in Gotha verlief turbulent. ...

<https://kurz.rt.com/2yz8> bzw. [hier](#)

Uli Gellermann: Österreich in die NATO – Sicherheit geht nur mit allen!

Die NATO-Medien verbreiten Jubel: Schweden und Finnland werden bald NATO-Mitglieder sein! Deren Grenzen sind so schön nahe an Russland, das wird dem Iwan zeigen, wo seine Grenzen sind! Aber ist der Jubel nicht doch verfrüht? Ist die Welt wirklich sicher, nur weil Russland rundherum von NATO-Stützpunkten eingekreist ist? ...

<https://kurz.rt.com/2yzi> bzw. [hier](#)

Wladislaw Sankin: Unstimmigkeiten im CNN-Bericht über angebliche Tötung zweier

Zivilisten durch russische Soldaten

CNN behauptet, im Besitz der ersten Nahaufnahmen von angeblichen russischen Kriegsverbrechen in der Ukraine zu sein. Der am 12. Mai ausgestrahlte Videobericht des US-Senders zeigt stattdessen vielmehr eine ganze Reihe von Unstimmigkeiten. Deutsche Medien dagegen griffen den Vorwurf ohne Nachprüfung auf. ...

<https://kurz.rt.com/2yty> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

22:30 de.rt.com: Nur einen Tag nach Ankündigung von NATO-Beitritt: US-Tankflugzeug überfliegt Finnland

Laut einem Bericht der finnischen öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt "Yle" gestatte Finnland einem US-Stratotanker das Betanken von vier US-Jets im finnischen Luftraum. Die Aktion erfolgte nur einen Tag nach der Ankündigung Helsinkis, der NATO beitreten zu wollen.

Einem Bericht der finnischen öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt Yle zufolge betankte ein US-amerikanischer Stratotanker vier US-Jets im finnischen Luftraum. Die Aktion erfolgte nur einen Tag, nachdem die finnische Regierung ihre Absicht erklärt hatte, "unverzüglich" der NATO beizutreten.

Dem Bericht zufolge betankte der Stratotanker des Modells KC-135 die vier US-Jets und überflog dabei Finnland. Der Stratotanker soll zuvor vom Luftwaffenstützpunkt RAF Mildenhall im Südosten Englands gestartet sein und zunächst entlang der norwegischen Küste geflogen sein, bevor er nach Osten in Richtung Finnisch-Lappland abbog.

Gegen 13.00 Uhr nachmittags soll das Tankflugzeug in einer Höhe von etwa 6.000 Metern langsam über Südlappland geflogen sein, wie Yle schreibt. Anschließend habe das Flugzeug den finnischen Luftraum verlassen und sei nach Süden in Richtung Estland weitergeflogen.

Das baltische Land ist seit 2004 Mitglied der NATO.

Weiter berichtet die Nachrichtenseite, dass sich die finnischen Verteidigungstreitkräfte über den "symbolischen Besuch" der US-Flugzeuge im finnischen Luftraum bedeckt halten sollen. Die US-Flugzeuge hätten die Genehmigung für den Flug erhalten, durften aber dem Bericht zufolge nicht in Finnland landen.

Bei den betankten US-Kampfflugzeugen soll es sich um die Fairchild-Republic A-10 gehandelt haben. Nach Angaben der US-Luftwaffe sind die A10-Kampfflugzeuge dazu bestimmt, die Bodentruppen bei der Bekämpfung verschiedener Ziele wie Panzer zu unterstützen. Die Flugzeuge waren laut dem Bericht von Yle nicht auf der Flugverfolgungsseite Flightradar zu finden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/62822baa48fbef1b093bc80f.jpg>

23:00 de.rt.com: **Moskau will Beziehungen zu unfreundlichen Ländern "radikal überdenken"**

Russland will seine Beziehungen zu sogenannten unfreundlichen Staaten "radikal überdenken", hieß es in einer Erklärung des russischen Außenministeriums vom Montag. Grund dafür sei der radikale Kurs des Westens und seiner Außenpolitik.

Der aggressive Kurs des Westens erfordere ein radikales Überdenken der Beziehungen Russlands zu unfreundlichen Staaten und eine umfassende Stärkung anderer Bereiche der außenpolitischen Tätigkeit, hieß es in einer Pressemitteilung, die am Montag auf der Webseite des russischen Außenministeriums veröffentlicht wurde.

Die Behörde teilte mit, "die Vorbereitung einer neuen Version des außenpolitischen Konzepts Russlands in Übereinstimmung mit den Anweisungen des russischen Präsidenten" diskutiert zu haben. Bei einer entsprechenden Sitzung am Montag seien die Ziele der russischen Außenpolitik in "den radikal veränderten geopolitischen Realitäten" erörtert worden. Der Westen habe unter dem Vorwand des Konfliktes in der Ukraine einen hybriden Krieg beispiellosen Ausmaßes gegen Russland gestartet. Unter anderem würden in Europa eine rassistische Weltanschauung sowie Versuche, Russland zu "canceln", entfesselt.

Laut der Behörde sei Washington zum Oberherrn des "kollektiven Westens" geworden. Die USA hätten in ihrer Besessenheit, ihre totale Dominanz in der Welt um jeden Preis zu behaupten und den objektiven Prozess der Bildung einer multipolaren Weltordnung zu unterdrücken, jenen Punkt überschritten, an dem es kein Zurück mehr gebe.

Die Beziehungen zwischen Russland und Europa sowie den USA sind seit Beginn des Krieges in der Ukraine sehr angespannt. In den vergangenen Wochen hatten zahlreiche europäische Länder mehrere russische Diplomaten ausgewiesen. Auch Washington hatte mehrere russische Diplomaten von Moskaus UN-Vertretung wegen Spionage des Landes verwiesen. Im Gegenzug erklärte Moskau mehrere Dutzend ausländische Diplomaten zu unerwünschten Personen.

Vergangenen Sonntag betonte die offizielle Vertreterin der Behörde, Maria Sacharowa, in einer Fernsehsendung, dass Moskau "die arroganten und illegalen Schritte" des Westens nicht unbeantwortet lassen werde. Sie teilte zudem mit, dass die aus der EU ausgewiesenen Diplomaten ihre Arbeit fortsetzen und das asiatische Gebiet unterstützen würden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/628254c248fbef209415a8ef.jpg>

22:30 de.rt.com: **Neue Erklärung des russischen Verteidigungsministeriums zur Lage in der Ukraine**

Am Abend des 16. Mai hat das russische Verteidigungsministerium ein neues Briefing über den Stand der russischen militärischen Sonderoperation in der Ukraine veröffentlicht. Das russische Militär stellte fest, dass es weiterhin zahlreiche flagrante Fälle von unmenschlicher Behandlung der Zivilbevölkerung durch die Kiewer Behörden sowie die Nutzung sozialer Infrastruktureinrichtungen für militärische Zwecke durch ukrainische bewaffnete Formationen zu verzeichnen hat.

In Sewerodonezk in der Volksrepublik Lugansk beispielsweise haben Kämpfer der ukrainischen bewaffneten Verbände auf dem Gelände der Klinik für Haut- und Geschlechtskrankheiten Schießstände eingerichtet, Artillerie, Mehrfachraketenwerfersysteme und ein Munitionsdepot aufgestellt. Das Personal und alle Patienten wurden unter Androhung von Repressalien gezwungen, die medizinische Einrichtung zu verlassen.

In Nelepowka in der Volksrepublik Donezk errichteten ukrainische Einheiten einen Stützpunkt in einem Schulgebäude und platzierten schwere Waffen und ein Munitionsdepot in der Umgebung. In Sergejewka, Volksrepublik Donezk, haben ukrainische Nationalisten Kasernen in den Gebäuden eines Kindergartens und einer Schule eingerichtet und Artillerie in unmittelbarer Nähe von Wohngebieten aufgestellt.

Das russische Verteidigungsministerium fügte hinzu, dass die Kämpfer des ukrainischen nationalistischen Bataillons einen Gefechtsstand auf dem Gelände eines Kinderinternats im Gebiet Donezk eingerichtet und schweres militärisches Gerät, Artillerie und Mehrfachraketenwerfersysteme in Swjatogorsk platziert hätten. Gleichzeitig werden das Lehrpersonal und die Schüler des Internats gewaltsam im Keller festgehalten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/6282b4bbb480cc39095ef78a.jpg>

vormittags:

6:15 de.rt.com: **Ukrainisches Finanzministerium warnt vor drastischen Maßnahmen zur Rettung der Wirtschaft**

Der ukrainische Finanzminister Sergei Martschenko hat vor drastischen Maßnahmen zur Stützung der kollabierenden Wirtschaft gewarnt. Ein längerer Konflikt mit Russland könnte zu massiven Steuererhöhungen und Verstaatlichungen führen.

Die ukrainische Regierung wird nach Angaben des ukrainischen Finanzministers Sergei Martschenko "schmerzhaft" Maßnahmen ergreifen, wenn der militärische Konflikt im Lande noch drei oder vier Monate andauert.

Martschenko präzisierte, dass die drastischen Schritte eine deutliche Erhöhung der Steuern, Ausgabenkürzungen sowie Verstaatlichungen beinhalten könnten. Dies erklärte der ukrainische Finanzminister in einem Interview mit The Economist. Wörtlich hieß es: "Die ukrainische Wirtschaft hat sich in den letzten Jahren in eine marktorientierte und freie Wirtschaft verwandelt. Und nun droht eine Verstaatlichungswelle, die jahrelange Fortschritte zunichte machen würde."

Der Minister verwies auf die jüngste Prognose der Weltbank, wonach die ukrainische Wirtschaft bis 2022 um 45 Prozent schrumpfen werde. Martschenko zufolge gingen die Zolleinnahmen aufgrund des Rückgangs der Importe und der Abschaffung zahlreicher Zölle um etwa ein Viertel zurück.

Trotz der Unterstützung durch den IWF, die USA und die EU könnten die anhaltenden

Kämpfe der ukrainischen Wirtschaft schaden, hieß es weiter. Martschenko dankte Washington für das vom Repräsentantenhaus des Kongresses gebilligte Hilfspaket, wies aber darauf hin, dass Kiew nicht wisse, was in dem nächsten Paket wirtschaftlicher Unterstützungsmaßnahmen enthalten sein werde und wann es gebilligt und der ukrainischen Seite übergeben werde.

Am 22. April wurde bekannt gegeben, dass die Weltbank der Ukraine 4,8 Mrd. US-Dollar für den Wiederaufbau des Landes zur Verfügung stellen wird. Der Politiker unterstrich: "Die Situation ist sehr schwierig, das will ich nicht verharmlosen. Aber wir werden es schaffen."

Laut Martschenko kostet jeder Monat der Operation die ukrainische Wirtschaft fünf Prozent des BIP. Gleichzeitig sollen die ukrainischen Behörden der Zeitung zufolge auch in den von den russischen Streitkräften kontrollierten Gebieten weiterhin Ruhegeld und Gehälter an Beamte zahlen.

Der Konflikt stelle auch den Export von Weizen, Gerste und Sonnenblumenkernen vor große Herausforderungen, so Martschenko. Er warnte davor, dass die EU aufgrund der "bürokratischen Hürden", die ukrainische Lastwagen überwinden müssen, weil das Land nicht Mitglied der EU ist, mit Lebensmittelengpässen rechnen müsse.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/62827c3fb480cc67a4408828.jpg>

7:09 de.rt.com: **Russland zieht sich aus Ostseeparlamentarierkonferenz zurück**

Russland hat bekannt gegeben, dass sich das Land aus der Ostseeparlamentarierkonferenz zurückziehen werde. Der Entscheidung soll der Stand der Beziehungen mit den Mitgliedern der Organisation zugrunde liegen. Derzeit besteht mit diesen keinerlei Dialog.

Der Sprecher der Staatsduma, Wjatscheslaw Wolodin, hat mitgeteilt, dass der Duma-Rat den Beschluss zum Austritt der Russischen Föderation aus der Ostseeparlamentarierkonferenz gefasst habe. Diese Entscheidung sei durch den fehlenden Dialog mit den Mitgliedsstaaten bedingt. Auf der Webseite der Duma wird Wolodin wie folgt zitiert:

"Der Duma-Rat hat heute einen Beschluss zum Austritt der Russischen Föderation aus der Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC) gefasst. Ständige Mitglieder der Ostseeparlamentarierkonferenz sind die Parlamente von Dänemark, Estland, Finnland, Deutschland, Island, Lettland, Litauen, Norwegen, Polen und Schweden. Es gibt heute keinen Dialog mit Parlamentariern aus den meisten dieser Länder, weder im Rahmen dieser Organisation noch über interparlamentarische Kanäle."

Für das Scheitern der parlamentarischen Beziehungen seien diejenigen verantwortlich, die "die Grundprinzipien der Konferenz untergraben und sie dazu nutzen, um Russland anzuklagen", hieß es weiter. Wolodin unterstrich, dass die Aktivitäten der BSPC immer auf einer gleichberechtigten Basis aufgebaut und die Entscheidungen im Konsens getroffen worden seien. Und weiter:

"Die Ostseeparlamentarierkonferenz hat jedoch eine echte Zusammenarbeit aufgegeben, und die Mitgliedstaaten haben die Interessen ihrer eigenen Bürger vergessen."

Laut dem Sprecher der Duma sei das einst "nützliche Format" des multilateralen Dialogs zu einem Instrument der antirussischen Politik geworden. Eine weitere Zusammenarbeit im Rahmen der Ostseeparlamentarierkonferenz mache nun keinen Sinn mehr, so Wjatscheslaw Wolodin.

Unterdessen rief der ehemalige stellvertretende polnische Verteidigungsminister Romuald Szeremietiew dazu auf, das Kaliningrader Gebiet zu entmilitarisieren. Szeremietiew zufolge dürfe die NATO nicht zulassen, dass das Militärbündnis auf einem Pulverfass sitze.

Die Ostseeparlamentarierkonferenz wurde 1991 als Forum für den politischen Dialog zwischen Parlamentariern aus dem Ostseeraum gegründet. Erklärtes Ziel der BSPC ist es, das Bewusstsein und die Meinung zu aktuellen politischen Themen zu schärfen, die für den Ostseeraum von Bedeutung sind. Die Konferenz findet jährlich statt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/6282854b48fbef20771623ab.jpg>

7:25 de.rt.com: **Renault-Chef äußert sich zu Verstaatlichung der Vermögenswerte in Russland**

Der Präsident des französischen Autokonzerns Renault, Jean-Dominique Senard, nannte die Entscheidung, die russischen Vermögenswerte des Unternehmens zu verkaufen, schwierig. Es sei aber die beste Option gewesen, um die Arbeitsplätze der 45.000 Beschäftigten zu erhalten. Am Montag wurden Vereinbarungen über die Verstaatlichung der russischen Vermögenswerte des Autobauers verkündet. Die Beteiligung am russischen Konzern Awtowas wurde an die staatliche Forschungseinrichtung NAMI und das Renault-Werk in Moskau an die Stadtregierung übertragen. Es handelt sich um ein Geschäft mit einer Rückkaufoption, die innerhalb von sechs Jahren ausgeübt werden kann.

7:48 de.rt.com: **Prognose der Europäischen Kommission: Russlands Wirtschaft stabilisiert sich bis 2023**

Die Europäische Kommission hat eine Prognose in Bezug auf russische Wirtschaft aufgestellt. Zwar soll es negative Anzeichen geben, aber die Wirtschaft kann sich bis 2023 stabilisieren. Wegen der Sanktionen können private Investitionen in dem Land um mehr als 20 Prozent zurückgehen.

Die russische Wirtschaft soll sich bis 2023 stabilisieren und in der Lage sein, sich an die Situation anzupassen, in der die wirtschaftliche Beziehungen zum Westen größtenteils abgebrochen sind. Laut der Frühjahrsprognose der Europäischen Kommission wird das russische BIP-Wachstum 2023 jedoch nicht über 1,5 Prozent liegen:

"Dennoch wird das reale BIP-Wachstum voraussichtlich niedrig bleiben und 1,5 Prozent erreichen, da die fortgesetzte Importsubstitution aufgrund des Wegzugs ausländischer Unternehmen zu einer geringeren Effizienz führen wird."

Nach der Prognose der Europäischen Kommission soll das russische BIP bis 2022 um 10,4 Prozent schrumpfen. Gleichzeitig soll die Inflation in Russland im Jahr 2022 über 20 Prozent liegen und 2023 auf zehn Prozent sinken. Gleichzeitig könnte sich die Ungewissheit über den Verlauf der Wirtschaftsbeziehungen mit dem Rest der Welt negativ auf die Bereitschaft der Investoren auswirken, in die russische Wirtschaft zu investieren, und ihr Wachstumspotenzial ernsthaft einschränken:

"Es wird erwartet, dass die privaten Investitionen bis 2022 um mehr als 20 Prozent zurückgehen werden, da der Appetit auf neue Investitionen unter den derzeitigen Bedingungen und angesichts des Rückzugs ausländischer Unternehmen extrem gering ist." Dabei geht die Europäische Kommission davon aus, dass in einigen Sektoren Einzelinvestitionen getätigt werden, um eine Importsubstitution zu gewährleisten. Das Vertrauen der Investoren wird jedoch nach Ansicht der Autoren des Berichts im Prognosezeitraum gering bleiben. Sie glauben, dass ein moderates Wachstum der öffentlichen Investitionen den Rückgang der privaten Investitionen nicht ausgleichen wird. In dem Papier heißt es:

"Unter der Annahme, dass die Sanktionen über die am 29. April verhängten Sanktionen hinaus nicht weiter verschärft werden und das Verbot von Energieexporten bestehen bleibt, werden die Rohstoffexporte unter diesen Umständen die wichtigste Triebkraft für die Wirtschaft sein."

Das Haushaltsdefizit werde 2022 voraussichtlich 0,5 Prozent des BIP betragen und 2023 auf 1,5 Prozent des BIP ansteigen:

"Das projizierte kleine Defizit von 0,5 Prozent des BIP im Jahr 2022 wird sich auf 1,5 Prozent des BIP im Jahr 2023 ausweiten, da die niedrigeren Rohstoffpreise und die begrenzte Fähigkeit Russlands, zu exportieren, die Einnahmen verringern."

Die Europäische Kommission weist zudem darauf hin, dass die öffentliche Verschuldung Russlands im Verhältnis zum BIP aufgrund des rückläufigen BIP moderat ansteigen werden soll. Mit weniger als 16 Prozent des BIP soll diese jedoch im Vergleich zu anderen Schwellen- und Industrieländern deutlich niedriger bleiben, heißt es in dem Dokument.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/62829e81b480cc304e5f9ee2.jpg>

8:10 de.rt.com: **Selenskij bestätigt Kapitulation seiner Soldaten im Asow-Stahlwerk**

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij bestätigte am Dienstag in einer Videoansprache faktisch die Kapitulation des ukrainischen Militärs im Asow-Stahlwerk in Mariupol – ohne dabei das Wort Kapitulation in den Mund zu nehmen. Der Staatschef äußerte die Hoffnung, dass die Soldaten anschließend lebend in das ukrainisch kontrollierte Gebiet zurückkehren könnten:

"Wir haben die Hoffnung, dass es möglich sein wird, das Leben unserer Jungs zu retten. Es gibt Schwerverletzte unter ihnen, sie brauchen Hilfe."

"Um die Jungs wieder nach Hause zu bringen, geht die Arbeit weiter. Diese Arbeit erfordert Sensibilität. Und Zeit."

Nach Angaben der ukrainischen Seite wurden seit Montag 53 schwer verletzte ukrainische Soldaten aus dem Stahlwerk Asowstal in das von der Volksrepublik Donezk kontrollierte Gebiet in Nowoasowsk "evakuiert". Weitere 211 ukrainische Kämpfer seien über einen humanitären Korridor nach Jelenowka in der DVR gebracht worden, hieß es.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/62833a07b480cc2a8c04af46.jpg>

Telegram-Kanal der Stabs der Territorialverteidigung der DVR: Aus „Asowstal“ gaben sich 256 ukrainischen Kämpfer gefangen

Insgesamt haben sich vom Gebiet des Metallkombinats „Asowstal“ in Mariupol 256 ukrainischen Kämpfer in Gefangenschaft begeben. Unter den Gefangenen sind 51 Verletzte. Sie werden derzeit medizinisch behandelt.

8:11 de.rt.com: Erdoğan: Türkei lehnt NATO-Beitrittsgesuche Finnlands und Schwedens ab

Die Türkei wird den Beitrittsgesuchen Finnlands und Schwedens zur NATO nicht zustimmen. Das verkündete der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan am Montag. Er fügte hinzu, dass alle Versuche, Ankara zu einer Änderung seiner Position zu bewegen, erfolglos sein würden.

Die Regierungen Schwedens und Finnlands haben an diesem Wochenende offiziell ihre Absicht bekundet, dem von den USA geführten Militärblock NATO beizutreten. Die Türkei hatte zuvor gewarnt, dass sie sich diesem Schritt widersetzen könnte. Erdoğan bezeichnete die beiden skandinavischen Länder als "Gästehäuser für terroristische Organisationen". Damit bezog er sich auf die separatistische Arbeiterpartei Kurdistans und die Revolutionäre Volksbefreiungsfront, die von Ankara geächtet sind.

Der türkische Staatschef erklärte:

"Diese Länder haben keine klare und eindeutige Haltung gegenüber terroristischen Organisationen. Schweden ist eine Brutstätte für terroristische Organisationen. Sie erlauben es Terroristen, in ihren Parlamenten zu sprechen."

"Wir würden nicht 'ja' sagen, wenn sie der NATO, einer Sicherheitsorganisation, beitreten würden."

"Sie wollten am Montag kommen, um uns zu überzeugen. Tut mir leid, sie brauchen sich nicht zu bemühen."

Das schwedische Außenministerium teilte am Montag mit, dass hochrangige Beamte aus Helsinki und Stockholm in die Türkei reisen würden, um die Angelegenheit zu besprechen. Erdoğan betonte jedoch auf einer Pressekonferenz, dass solche Gespräche sinnlos seien. Um der Allianz beitreten zu können, muss ein Beitrittsgesuch eines Landes von allen 30 Mitgliedern einstimmig angenommen werden. Es ist wahrscheinlich, dass Ankara von den

USA dazu gedrängt werden wird, seine Einwände zurückzuziehen. Mircea Geoana, der stellvertretende NATO-Generalsekretär, hatte zuvor erklärt, er sei sicher, dass seine Organisation in der Lage sein werde, die Vorbehalte der Türkei zu überwinden. Finnland und Schweden haben beschlossen, ihre langjährige Politik der Blockfreiheit zu überdenken, nachdem sich die öffentliche Meinung im Zuge des anhaltenden Konflikts in der Ukraine angeblich stark verändert habe. Jüngsten Umfragen zufolge befürwortet nun eine Mehrheit in beiden Ländern eine NATO-Mitgliedschaft. Moskau verurteilt die Entscheidung der beiden Länder, einen Antrag auf NATO-Mitgliedschaft zu stellen. Nach Ansicht des russischen Präsidenten Wladimir Putin verschlimmert die neue Entwicklung die ohnehin schon komplizierte internationale Sicherheitslage.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/6283388f48fbef20720d224a.jpg>

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 17.05.2022

Bei Gefechten mit den Einheiten der Volksmiliz erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden folgende Verluste an Personal und Technik:

5 Mann;

3 Schützenpanzerwagen;

1 Fahrzeug.

10 Soldaten der ukrainischen Streitkräfte trafen die richtige Entscheidung, legten die Waffen nieder und retteten so ihr Leben.

Die Volksmiliz befreite weiter das von Kiew besetzten Territorium. Einheiten der Volksmiliz haben **Nowoswanowka vollständig befreit.**

Der Gegner setzt den Terror gegen die Zivilbevölkerung der Republik fort und beschießt Objekte der zivilen Infrastruktur frontnaher Ortschaften der LVR, die keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine 5 Geschosse mit 152mm-Artilleriegeschützen auf Molodjoshnoje abgefeuert.

Um die Feueraktivität des Gegners auf friedliche Bürger der Republik zu unterbinden, haben die Einheiten der Volksmiliz die **Positionen der BFU, von denen aus geschossen wurde, operativ ermittelt und vernichtet.**

Die Volksmiliz der LVR liefert weiter gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen humanitäre Hilfe an Einwohner der befreiten Territorien sowie in frontnahe Ortschaften der Republik.

9:05 de.rt.com: **Lindner hält Beschlagnahme russischer Vermögenswerte für möglich**

Bundesfinanzminister Christian Lindner hat sich für die Initiative ausgesprochen, Auslandsvermögen der russischen Zentralbank zu beschlagnahmen. Davon solle der Wiederaufbau der Ukraine finanziert werden, erklärte der FDP-Politiker in einem Interview

mit dem Handelsblatt und einer Reihe weiterer EU-Medien am Dienstag. Lindner sagte: "Ich bin politisch offen für die Idee, Auslandsvermögen der russischen Zentralbank zu beschlagnahmen. Wir führen diese Diskussion bereits in der G7 und der EU und es liegen Vorschläge auf dem Tisch."

In Bezug auf Privatvermögen müsse man "sehen, was rechtlich möglich ist", so der Minister weiter. Lindner fügte hinzu:

"Wir müssen die Rechtsstaatlichkeit respektieren, auch wenn wir es mit russischen Oligarchen zu tun haben."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/62834675b480cc2ac9655cdf.jpg>

9:30 de.rt.com: **Dorf im russischen Gebiet Kursk beschossen**

Das Grenzdorf Aleksejewka im Gebiet Kursk wurde am frühen Morgen unter Beschuss genommen, wie der Gebietsgouverneur Roman Starovojt. In seinem Telegram-Kanal schrieb er:

"Heute gegen fünf Uhr wurde das Grenzdorf Aleksejewka im Bezirk Gluschkowo aus großkalibrigen Waffen beschossen. Drei Wohnhäuser, ein geparktes Auto und das Schulgebäude wurden beschädigt. Zum Glück gibt es keine Verletzten."

Nach Starovojts Angaben habe das Gegenfeuer der russischen Grenzwächter den Beschuss zum Schweigen gebracht. Der Zwischenfall werde "von Spezialisten untersucht".

Seit dem Beginn des Konflikts in der Ukraine kam es wiederholt zu Beschüssen von russischen Ortschaften an der ukrainischen Grenze.

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 17.5.22 um 10:30 Uhr**

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner 194 Artillerie- und Mörsergeschosse mit 122mm-Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, 122mm-Rohrartillerie und 120mm-Mörsern abgefeuert.

Die Gebiete von **8 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge der ukrainischen Aggression wurden **3 Zivilisten verletzt**. 12 Wohnhäuser und ein ziviles Infrastrukturobjekt wurde beschädigt.

Die Materialien zur Verletzung von Zivilisten sowie zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Nationalisten hinzuzufügen.

Soldaten der Donezker Volksrepublik befreien gemeinsam mit den Streitkräften der Russischen Föderation weitere Ortschaften unserer Republik von den ukrainischen Besatzern, so wurde eine weitere Ortschaft, Drobyschewo in der Donezker Oblast, befreit. In

den letzten 24 Stunden haben unsere Soldaten 34 ukrainische Nationalisten, 3 Feuerpositionen für 120mm-Mörser, 3 Panzerfahrzeuge und 4 Lastwagen vernichtet. Ein Schützenpanzer und 2 Panzerfahrzeuge wurden erbeutet.

9:55 de.rt.com: **Neueste Panzer an russische Streitkräfte geliefert**

Der Maschinenbauer Uralwagonsawod hat eine Lieferung der neuesten Panzer vom Typ T-90M "Proryw" (russ. Durchbruch) an die Truppen geschickt. Darüber berichtete die Nachrichtenagentur RIA Nowosti unter Verweis auf eine Pressemitteilung des Konzerns. Die Übergabe der Panzer geschah im Rahmen einer feierlichen Zeremonie, bei welcher die Maschinen vom russisch-orthodoxen Priester Ioann Bragin geweiht wurden. Der Kirchenvertreter erklärte diesbezüglich: "Das Gute muss sich immer beschützen können. Es ist sinnlos, auf das Böse einzureden, um es aufzuhalten. Daher gibt es die Tradition, Waffen zu weihen."

Der Panzer T-90M wurde von Uralwagonsawod entwickelt und ist nach Herstellerangaben die modernste Maschine in der Typenreihe T-90. Der Panzer sei für moderne Kampfhandlungen besonders geeignet, da er unter anderem die Möglichkeit besitze, in Echtzeit Informationen mit anderen Maschinen auszutauschen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/62835b39b480cc322e4124c9.jpg>

11:16 (10:16) novorosinform.org: **Die Volksmiliz der DVR gab die Befreiung der Siedlung Drobyschewo bekannt**

Einheiten der Volksmiliz der DVR haben zusammen mit den Streitkräften der RF eine weitere Siedlung vom Kiewer Regime befreit, berichtete die Agentur in ihrem Telegram-Kanal. „Die Soldaten der Volksrepublik Donezk fahren zusammen mit den Streitkräften der Russischen Föderation fort, die Siedlungen unserer Republik von den ukrainischen Besatzern zu befreien – zum Beispiel wurde eine weitere Siedlung in Drobyschewo, Gebiet Donezk, befreit“, so die Volksmiliz in einer Erklärung.

Es wurde auch festgestellt, dass das Militär der DVR in den letzten 24 Stunden 34 ukrainische Nationalisten liquidiert habe. Außerdem seien drei 120-mm-Mörser-Feuerstellungen, drei gepanzerte Fahrzeuge und vier Lastwagen zerstört worden. ...



https://www.novorosinform.org/content/images/46/10/44610_720x405.jpg

10:45 de.rt.com: **Borrell: Alle EU-Länder werden Schwedens und Finnlands NATO-Bewerbung unterstützen**

Der Hohe Vertreter der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, zeigte sich zuversichtlich, dass die EU den Antrag Schwedens und Finnlands zum Beitritt zur NATO "so weit wie möglich unterstützen" werde. Im Auftakt eines Treffens der EU-Verteidigungsminister in Brüssel am Dienstag wies er auch auf den Widerstand der Türkei gegen die Mitgliedschaft der skandinavischen Staaten hin und äußerte die Hoffnung, dass die Allianz in der Lage sein werde, diesen zu überwinden. Der EU-Außenbeauftragte betonte ferner:

"Das stärkt unsere Einheit und macht uns stärker. Das ist genau das Gegenteil von dem, was Putin erreichen wollte. Er hat versucht, die Entwicklung der NATO an den Grenzen Russlands zu stoppen, und jetzt geschieht das Gegenteil."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/62835b62b480cc2a8c04af61.jpg>

12:09 (11:09) novorosinform.org: **Eine große Gruppierung der Streitkräfte der Ukraine geriet in einen „Kessel“ der LVR**

Ungefähr 16.000 ukrainische Soldaten befinden sich im „Kessel“ in der Nähe von Sewerodonezk und Lisitschansk, berichtete Witali Kiseljow, stellvertretender Innenminister der LVR.

Die Aufgabe der ukrainischen Kämpfer in diesem Bereich sei es, die zivile Infrastruktur zu

zerstören und die lokale Bevölkerung einzuschüchtern, sagte Kiseljow, berichtet RIA Novosti. „Es werden insgesamt 15-16.000 [Soldaten der Streitkräfte der Ukraine] sein“, sagte er. Laut Kiseljow werde Kiew erneut Russland die Schuld für die Verbrechen seines Militärs geben. Er stellte fest, dass den Soldaten der Streitkräfte der Ukraine befohlen wurde, Sewerodonezk und Lisichansk bis zuletzt zu halten, während ihre Kommandeure flohen. "Auf die gleiche Weise, wie bei den Gefangenen aus Rubishnoje: Sie sagten, sie hätten wiederholt an das Kommando appelliert, es sei ihnen verboten worden zu gehen, ihnen wurde gesagt, sie sollten bis zum Tod aushalten. Und hochrangige Kommandeure sind vor langer Zeit geflohen. Schon vor einem Monat“, fügte Kiseljowv hinzu.



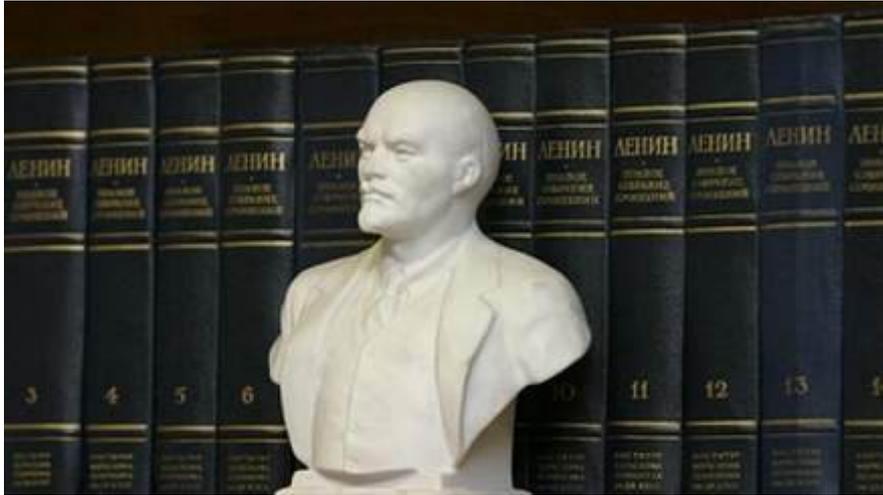
https://www.novorosinform.org/content/images/46/15/44615_720x405.jpg

12:23 (11:23) novorosinform.org: **Die Ukraine verbot endgültig die Kommunistische Partei**

Das Kiewer Gericht entschied, die Aktivitäten der KPU im Land zu verbieten. Der ukrainische Justizminister Denis Maljuska erklärte, die Behörde habe nach siebenjährigem Rechtsstreit in dieser Angelegenheit eine Gerichtsentscheidung erhalten, die Kommunistische Partei zu verbieten. Das berichtet RIA Novosti.

Maljuska erinnerte daran, dass 2015 ein Gesetz verabschiedet wurde, das die kommunistische Ideologie und deren Symbole im Land verbietet, aber dies habe das Verbot der Kommunistischen Partei nicht beschleunigt. Er fügte hinzu, dass das neue Gesetz, das "pro-russische" Parteien in der Ukraine verbietet, dazu beitragen würde, die Behandlung solcher Fälle zu beschleunigen.

Zuvor hatte der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij ein Gesetz unterzeichnet, das „pro-russische“ Parteien im Land verbietet. Darunter waren insbesondere die „Oppositionsplattform – Für das Leben“ und die „Partei Scharij“.



https://www.novorosinform.org/content/images/46/18/44618_720x405.jpg

11:30 de.rt.com: **Video: Kapitulation der Asow-Kämpfer in Mariupol**

Russlands Verteidigungsministerium hat ein [Video](#) veröffentlicht, das die Kapitulation von Angehörigen des im Asow-Stahl-Werks in Mariupol eingeschlossenen neonazistischen Asow-Bataillons zeigt. Nach Angaben des Ministeriums sollen gestern 265 Asow-Kämpfer die Waffen niedergelegt haben. Unter ihnen befanden sich 51 Schwerverwundete, die zur Behandlung ins Krankenhaus von Nowoasowsk in der Volksrepublik Donezk gebracht wurden.

Die ukrainische Vize-Premierministerin Irina Wereschtschuk schrieb in ihrem Telegram-Kanal von einer humanitären Operation und behauptete, dass die ukrainischen Militärangehörigen "nach Verbesserung ihrer Lage" gegen russische Kriegsgefangene eingetauscht werden sollen. Russland hat die Existenz von solchen Plänen zurückgewiesen. Der Sprecher der Staatsduma Wjatscheslaw Wolodin erklärte:

"Nazi-Verbrecher unterliegen keinem Gefangenenaustausch. Sie sind Kriegsverbrecher, und wir werden alles tun, damit sie sich vor Gericht verantworten."



https://www.novorosinform.org/content/images/46/25/44625_720x405.jpg

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: Zum Stand am 17. Mai 2022 hat die Truppengruppierung der DVR mit Feuerunterstützung der Streitkräfte der RF auf dem Territorium der Donezker Volksrepublik 185 Ortschaften einschließlich Nowoselowka Wtoraja (Bezirk Jassinowataja) befreit und eine vollständige Kontrolle über diese hergestellt.

11:31 de.rt.com: **NATO beginnt Übungen an Grenze zu Russland**

Die NATO hat in Estland ein Manöver nahe der russischen Grenze begonnen. Rund 15.000

Soldaten sind beteiligt, auch aus Partnerstaaten wie Georgien und der Ukraine. Neben Luft-, See- und Landübungen sollen auch Übungen zur Cyber-Kriegsführung durchgeführt werden. Am Montag haben in Estland groß angelegte NATO-Militärübungen begonnen. Die Übung mit der Bezeichnung "Hedgehog 2022" ist nach Angaben des Militärblocks eine der größten in der Geschichte des baltischen Landes. An den Übungen nehmen rund 15.000 Soldaten aus 14 Nationen teil, darunter sowohl Mitglieder des Militärblocks als auch deren Partner.

An der Übung nehmen unter anderem Soldaten aus Finnland, Schweden, Georgien und der Ukraine teil, wie der öffentlich-rechtliche finnische Rundfunksender Yle berichtete. An den Manövern seien alle Teilstreitkräfte beteiligt und es würden Luft-, See- und Landübungen sowie Übungen zur Cyber-Kriegsführung durchgeführt.

Laut einer NATO-Erklärung wird auch das Landungsschiff Kearsarge der US-Marine an den Übungen teilnehmen. Sowohl der Militärblock als auch der stellvertretende Kommandeur der estnischen Verteidigungskräfte, Generalmajor Veiko-Vello Palm, haben bestritten, dass die Übungen, die nur rund 60 Kilometer von der russischen Grenze entfernt stattfinden, etwas mit den laufenden Militäraktionen Moskaus in der Ukraine zu tun haben.

Die Übungen begannen nur einen Tag nach der offiziellen Ankündigung über den angestrebten NATO-Beitritt Finnlands und Schwedens und wurden nach Angaben westlicher Beamter lange vor Beginn des Konflikts in der Ukraine geplant.

Hedgehog 2022 ist jedoch nur ein Teil der groß angelegten militärischen Aktivitäten der NATO nahe der russischen Grenze. Ein weiterer baltischer Staat, Litauen, ist Gastgeber der Übung "Eiserner Wolf", an der 3.000 NATO-Soldaten und 1.000 Stück Kriegsgerät, darunter auch deutsche Leopard-2-Panzer, teilnehmen.

Zwei der größten NATO-Übungen, "Defender Europe" und "Swift Response", finden in Polen und acht weiteren Ländern statt, an denen 18.000 Soldaten aus 20 Ländern beteiligt sind, wie die NATO am Freitag mitteilte. Die Sprecherin des Militärblocks Oana Lungescu erklärte: "Übungen wie diese zeigen, dass die NATO stark und bereit ist, unsere Nationen zu schützen und sich gegen jede Bedrohung zu verteidigen."

Sie fügte hinzu, dass die Übungen dazu beitragen würden, jeglichen Raum für Fehleinschätzungen oder Missverständnisse hinsichtlich der Entschlossenheit, jeden Zentimeter des Bündnisgebiets zu schützen und zu verteidigen, zu beseitigen.

Die NATO-Reaktionskräfte nehmen derzeit an den 7.500 Soldaten starken Übungen in der Wettiner Heide in Deutschland teil. Im Mittelmeer finden demnächst Marineübungen der "Neptun-Serie" statt, an denen die Flugzeugträgerkampfgruppe USS Harry S. Truman beteiligt ist, die unter das Kommando der NATO gestellt wird. Nach Angaben der NATO ist dies erst das zweite Mal seit dem Ende des Kalten Krieges, dass eine US-Flugzeugträgergruppe unter das Kommando des Militärblocks gestellt wird.

Im Juni werden die baltischen Staaten und Polen die laut NATO-Angaben "größte integrierte Luft- und Raketenabwehrübung Europas" ausrichten, an der 23 Staaten teilnehmen werden. Ende April war Finnland Gastgeber von NATO-Marineübungen. Jetzt ist es auch Gastgeber einer gemeinsamen Landübung, an der Truppen aus den USA, dem Vereinigten Königreich, Estland und Lettland teilnehmen.

Die massiven militärischen Kriegsspiele finden inmitten erhöhter Spannungen zwischen Russland und der NATO und einigen Partnern des Militärblocks statt. Finnland, das eine lange gemeinsame Grenze mit Russland hat, und Schweden haben beschlossen, ihre langjährige Politik der Blockfreiheit zu überdenken, nachdem sich die öffentliche Meinung nach dem russischen Angriff auf die Ukraine stark verändert hatte.

Moskau kritisiert diese Entwicklung und warnt, dass es reagieren müsse, falls Finnland und Schweden der NATO beitreten. Zudem hält der Kreml daran fest, dass es eine NATO-Erweiterung eine direkte Bedrohung der eigenen Sicherheit darstellt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/6283542a48fbef20771623f9.jpg>

nachmittags:

13:07 (12:07) novorosinform.org: **Ein gefangener britischer Söldner erklärte, er habe in Butscha keine Leichen gesehen**

Ein kapitulierter Söldner aus Großbritannien sprach über seinen Besuch in der ukrainischen Siedlung nach dem Abzug der russischen Streitkräfte daraus.

Der britische Söldner Andrew kam in die Ukraine, um an den Kämpfen auf Seiten der Streitkräfte der Ukraine teilzunehmen. Nach der ersten Schlacht wurde er gefangen genommen und erzählte einem RT-Korrespondenten einige Einzelheiten seines Aufenthalts auf ukrainischem Territorium.

Andrew war einer von denen, die nach dem Abzug der RF-Streitkräfte nach Butscha geschickt wurden. Er erklärte, dass er dort nicht gesehen habe, worüber alle ukrainischen und westlichen Medien sprechen.

"Ich persönlich habe keine Leichen gesehen, nichts dergleichen. Alles sah intakt aus", sagte der Söldner.

Er fügte hinzu, dass die Einheimischen ihm auch nichts von Kämpfen erzählt hätten. Andrew bemerkte, dass er vom 3. bis 5. April in Butscha war – ein paar Tage, nachdem das russische Militär dort abgezogen war.



https://www.novorosinform.org/content/images/46/24/44624_720x405.jpg

12:17 de.rt.com: **Peskow: "Putin weiß, wohin er das Land führt"**

Der Pressesprecher des russischen Präsidenten sagte am Dienstag, er sei zuversichtlich, dass Russland in der Ukraine "gewinnen und alle Ziele erreichen werde". Wladimir Putin wisse, wohin er das Land führe.

Während eines Bildungsmarathons der russischen Gesellschaft Snanije ("Wissen") sagte Kremlsprecher Dmitri Peskow am Dienstag, dass Wladimir Putin aktuell von allen Generationen des Landes unterstützt werde. In Bezug auf den Krieg in der Ukraine unterstrich er:

"Wir sind zuversichtlich, dass alles gut wird, und wir sind zuversichtlich, dass wir gewinnen und alle Ziele erreichen werden. Unser Präsident weiß, wohin er unser Land führt. Wir alle sehen, welchen politischen Konsens und welches Maß an Unterstützung unser Präsident hat. Das ganze Land unterstützt ihn".

Peskow zufolge verlaufe die sogenannte Spezialoperation in der Ukraine nach Plan und "recht effektiv".

Der kollektive Westen unternehme alles, um zu verhindern, "dass Russland so lebt, wie es will", bemängelte Peskow. "Manchmal scheint es, dass die bloße Existenz Russlands ein erhebliches Ärgernis für den kollektiven Westen darstellt." Ihm zufolge könne Russland, das ein Achtel der Erdoberfläche einnehme, jedoch nicht politisch, wirtschaftlich, diplomatisch oder informativ isoliert werden. Ein Staat verliere seine Souveränität, wenn er seine Interessen nicht verteidige.

Westliche Länder, einschließlich der USA, die einen hybriden Krieg gegen Russland führten, seien mittlerweile von "unfreundlichen zu praktisch feindlichen" Staaten geworden. Peskow beschuldigte diese Länder, einen diplomatischen, wirtschaftlichen und politischen Krieg gegen Russland zu führen. Ihm zufolge werde die gegenwärtige Krise jedoch in einer Welt enden, in der Russlands Stimme gehört werde:

"Jeder Krieg endet mit dem Frieden, und dieser Frieden wird einer sein, in dem unsere Stimme gehört wird, in dem wir uns wohlfühlen, sicher sind und selbstbewusst auf unseren eigenen Füßen stehen werden".

Der Kremlsprecher betonte, dass Russland seine eigenen Technologien sowie soziale Netzwerke entwickeln müsse, die weltweit gefragt sein würden. Trotz aktueller Importverbote gebe es "keinen Grund, in Verzweiflung zu geraten". "Wir sind in der Lage, absolut alles selber herzustellen", so Peskow.

Berichte über eine mögliche Türkei-Reise des russischen Präsidenten in den kommenden Tagen dementierte Peskow. Diese sei nicht geplant, wobei sich die Dinge schnell ändern und alles möglich sei. Zuvor hatten türkische Medien berichtet, dass der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan seinen russischen Amtskollegen zu einem Treffen nach Ankara eingeladen hatte.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/6283647648fbef20720d227b.jpg>

12:20 de.rt.com: **Deutschland liefert weiter Waffen an Ukraine**

In den vergangenen zwei Wochen hat Deutschland erneut Waffenlieferungen an Kiew durchgeführt, wie der Spiegel berichtete. Berlin habe in dem Zeitraum 2.450 Panzerabwehrhandwaffen vom Typ RGW 90, 1.600 Panzerabwehrrichtminen vom Typ DM22 und 3.000 Panzerabwehrminen vom Typ DM31 geliefert. Die Waffen seien bereits an Einheiten der ukrainischen Armee verteilt worden. Anonyme Quellen in ukrainischen Regierungskreisen bestätigten die Waffenkäufe. Kiew habe die Panzerabwehrhandwaffen bei dem deutschen Hersteller selbst bestellt und bezahlt, während die Minen aus Bundeswehrbeständen stammen sollen.

dan-news.info: Seit der Befreiung von Wolnowacha sind etwa 4000 Einwohner in die Stadt zurückgekehrt, teil der kommissarische Bürgermeister der Stadt Konstantin Sintschenko mit. „Als ich kam, betrug die Bevölkerung etwa 7000 Menschen, jetzt sind es schon etwa 11.000. Die Leute kommen nach und nach zurück. Vor dem Konflikt waren es nach verschiedenen Angaben zwischen 22.000 und 27.000 Menschen, offiziell waren es 22.000, 27.000 schon mit zusätzlich Eintreffenen. Das heißt die Zahl der Bevölkerung bei uns hat jetzt schon 50% von der erreicht, die es vor den Kämpfen gab“, sagte er.

12:40 de.rt.com: **Lawrow: Deutschland verlor mit Regierungsantritt von Scholz letzte Anzeichen von Selbstständigkeit**

Nachdem die derzeitige Bundesregierung an die Macht gekommen ist, habe Deutschland seine letzten Anzeichen von Autonomie eingebüßt, sagte der russische Außenminister Sergei Lawrow bei einem Bildungsmarathon am Dienstag. Er merkte an, dass derzeit EU-weit nur noch der französische Präsident Emmanuel Macron versuche, über eine strategische Autonomie für die EU zu sprechen.

"Ich bin mir sicher, dass man ihnen das nicht erlauben wird, und die EU verschmilzt immer mehr mit der Nordatlantischen Allianz, daraus machen sie keinen Hehl", sagte Lawrow und erwähnte in diesem Zusammenhang den von Finnland und Schweden angestrebten NATO-Beitritt.

Darüber hinaus äußerte sich der russische Chefdiplomat zu den Beleidigungen des ukrainischen Botschafters Andrei Melnik, dessen "Rüpelhaftigkeit schon seit langem in aller Munde" sei, an die Adresse des Bundeskanzlers, der Scholz wegen dessen Verzichts auf eine Kiew-Reise eine "beleidigte Leberwurst" genannt hatte. Lawrow kommentierte den Vorfall: "Als Kanzler Scholz nach seiner Haltung dazu gefragt wurde, sagte er: 'Ich überlasse es Ihnen, diese Situation zu interpretieren, als ich als 'beleidigte Leberwurst' bezeichnet wurde.' Mit anderen Worten: Er ist nicht beleidigt. Und das Wort 'beleidigt' kann aus dieser Formel gestrichen werden."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/62836aef48fbef209e2702f3.jpg>

13:10 de.rt.com: **Russlands Vize-Außenminister: Ukraine hat Verhandlungen abgebrochen**

Andrei Rudenko, stellvertretender Leiter des russischen Außenministeriums, hat erklärt, dass zwischen der russischen und der ukrainischen Delegation keine Verhandlungen mehr geführt würden. Am Rande der II. Zentralasiatischen Konferenz des Internationalen Diskussionsclubs Waldai erklärte er der Nachrichtenagentur TASS:

"Die Verhandlungen werden nicht fortgesetzt. Die Ukraine hat den Verhandlungsprozess faktisch abgebrochen."

Nach Rudenkos Angaben habe Kiew zum russischen Vertragsentwurf keine Antwort gegeben. Einen Gegenterwurf habe die russische Seite ebenfalls nicht erhalten.

Zudem erklärte der Vize-Außenminister, dass die Entscheidung des Europäischen Friedensfonds, der Ukraine 500 Millionen Euro für Waffenkäufe bereitzustellen, die Lösung Konflikts verzögern würde. "Bewilligungen von Geldmitteln und unmittelbare Waffenlieferungen verzögern die Lösung des Konflikts. Unsere Führung hat mehrmals darauf hingewiesen", sagte er.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/6283786648fbef20720d22aa.jpg>

14:45 (13:45) novorosinform.org: **Mehr als 100 Gräber von ukrainischen Kämpfern auf dem Territorium der DVR gefunden – Morosowa**

Die Kommissarin für Menschenrechte in der DVR, Darja Morosowa, sagte, dass auf dem Territorium der Republik mehr als hundert Gräber ukrainischer Militärangehöriger gefunden worden seien, bei deren Exhumierung rechtliche Schwierigkeiten auftreten könnten.

Laut Morosowa ist es für die Durchführung des Exhumierungsverfahrens erforderlich, die Genehmigung der Strafverfolgungsbehörden und die Anwesenheit von Verwandten einzuholen. Das berichtete der Telegram-Kanal „Donbass entscheidet“.

"Auf unserem Territorium befinden sich mehr als hundert Gräber ukrainischer Soldaten. All dies verursacht bereits bei ihrer Exhumierung gewisse rechtliche Schwierigkeiten. Schließlich wird eine Genehmigung der Strafverfolgungsbehörden benötigt, Verwandte müssen kommen", sagte Morosowa. ...



https://www.novorosinform.org/content/images/46/37/44637_720x405.jpg

13:55 de.rt.com: **Scholz telefoniert mit Selenskij: Friedliche Krisenlösung nur bei russischem Truppenabzug möglich**

Bundeskanzler Olaf Scholz und der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij haben bei einem Telefonat die humanitäre und militärische Lage in der Ukraine besprochen. Dabei hätten die beiden Staatsoberhäupter zugestimmt, dass eine friedliche Lösung der Ukraine-Krise nur beim Abzug russischer Truppen aus dem Kriegsgebiet möglich sei, hieß es in einer Presseerklärung auf der Webseite des Bundeskanzlers. Die Meldung lautete wie folgt: "Der Bundeskanzler und der ukrainische Präsident tauschten sich über die aktuelle militärische und humanitäre Lage in der Ukraine aus. Sie waren sich einig, dass eine diplomatische Verhandlungslösung zwischen der Ukraine und Russland ein umgehendes Ende der Kampfhandlungen seitens Russlands und ein Abzug der russischen Truppen aus der Ukraine erfordere."

Im Laufe des Gesprächs sei vereinbart worden, den Austausch über Möglichkeiten der weiteren Unterstützung der Ukraine fortzusetzen und weiterhin eng in Kontakt zu bleiben, hieß es.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/628388c048fbef24577810f9.jpg>

14:13 de.rt.com: **Jüngster Luftangriff auf Syrien: Russische S-300-Luftverteidigung zielte auf israelische Jets**

Bei Israels jüngstem Raketenangriff auf Syrien wurden fünf Menschen getötet. Laut Moskau kam dabei das S-300-Abwehrsystem zum Einsatz. Israelische Medien berichten nun, dass in Russland hergestellte Abwehrraketen zum ersten Mal auch israelische Jets ins Visier nahmen.

Bei einem israelischen Raketenangriff auf Zentralsyrien wurden am Freitagabend fünf Menschen getötet und sieben weitere verletzt, darunter auch ein Kind, wie die Nachrichtenagentur SANA mitteilte. Israelische Kampffjets sollen mindesten acht Raketen von der westlichen Umgebung der Küstenstadt Baniyas am Mittelmeer aus abgefeuert haben. Es handele sich um den zwölften Angriff Israels auf syrischem Gebiet seit Jahresbeginn. Syrien soll bei diesem Angriff die meisten der israelischen Raketen abgefangen haben.

"Russische Streitkräfte" hätten beim jüngsten Raketenangriff auf Zentralsyrien mit fortschrittlichen S-300-Flugabwehrraketen das Feuer auf israelische Jets eröffnet, berichtete am Dienstag die Time of Israel unter Berufung auf den israelischen Sender Channel 13. Dem Bericht zufolge hatte das syrische Militär Dutzende von Flugabwehrraketen abgefeuert, die in den letzten Jahren Hunderte von israelischen Angriffen auf Syrien abgefangen hatten. Diesmal hätten die in Russland hergestellten S-300-Batterien jedoch auch das Feuer eröffnet, als die Jets das Gebiet verlassen hätten, teilte Channel 13 mit. Der Bericht stellte fest, dass Syriens S-300-Abwehrsystem vom russischen Militär betrieben wird und nicht ohne dessen Zustimmung abgefeuert werden darf. Der Meldung zufolge gelang es dem S-300-Radar allerdings nicht, die israelischen Jets zu erfassen, daher stellte es keine ernsthafte Bedrohung für diese dar.

Diese Aktion dürfte eine bedeutende Änderung der Haltung Moskaus gegenüber Israel signalisieren. Das russische Militär teilte am Sonntag in einer Erklärung mit, dass die syrische Luftverteidigung die meisten von israelischen Jets abgefeuerten Raketen abgefangen habe. Konteradmiral Oleg Schurawlew, stellvertretender Leiter des russischen Versöhnungszentrums für Syrien, teilte in einer Erklärung mit, dass es in Russland hergestellten Boden-Luft-Raketensystem gelungen sei, 16 Raketen sowie ein unbemanntes Luftfahrzeug abzufangen.

Channel 13 kommentierte, es sei noch nicht klar, ob der S-300-Raketenbeschuss eine einmalige Aktion gewesen sei oder "ob es ein russisches Signal an Israel war, dass Moskau seinen Kurs (gegenüber den israelischen Angriffen in Syrien) geändert hat". Der Bericht erfolgte inmitten einer Verschlechterung der Beziehungen zwischen Israel und Russland, nachdem die Kremelführung Tel Aviv wegen seiner engen Beziehungen zur Ukraine scharf kritisiert hatte.

Der Angriff am Freitag soll Waffendepots und Militärposten iranischer Milizen in der Region Masyaf getroffen haben. Ohne den Vorfall ausdrücklich zu erwähnen, erklärte der israelische Verteidigungsminister Benny Gantz am Montag, Israel werde sich nicht abschrecken lassen, Iran daran zu hindern, "fortgeschrittene Militärfähigkeiten" an seine Stellvertreter in Syrien zu befördern. Israel beschuldigt Iran seit Langem, über Syrien fortschrittliche Waffen an die libanesische Hisbollah zu liefern.

Israel entwickelte mit Moskau laut eigener Darstellung einen Mechanismus, wonach Russland nicht auf dessen Luftangriffe auf iranische Ziele in Syrien reagiert. Der russische Botschafter in Syrien Alexander Jefimow drohte Israel jedoch kürzlich mit einer Reaktion, sollte Tel Aviv weiterhin Luftangriffe in Syrien durchführen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/6283763248fbef76f745c408.jpg>

14:35 de.rt.com: **Russland zieht sich aus Ostseerat zurück**

Das russische Außenministerium hat die Beendigung der Mitgliedschaft Russlands im Ostseerat (CBSS) bekanntgegeben. Aus einer Presseerklärung auf der Webseite der Behörde verlautete es:

"Als Reaktion auf die feindseligen Handlungen hat der russische Außenminister Sergei Lawrow den Ministern der Mitgliedsstaaten des Ostseerates, dem Hohen Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik sowie dem Ratssekretariat in Stockholm eine Mitteilung mit der Benachrichtigung über den Austritt Russlands aus der Organisation zukommen lassen. Gleichzeitig hat die russische Föderationsversammlung beschlossen, sich aus der Parlamentarischen Ostseekonferenz zurückzuziehen."

Das Ministerium erklärte ferner, dass die Beendigung der Mitgliedschaft im Ostseerat die russische Präsenz in der Region nicht beeinträchtigen werde:

"Die Versuche, unser Land aus dem Baltikum zu verdrängen, sind zum Scheitern verurteilt. Wir werden weiterhin mit verantwortungsbewussten Partnern zusammenarbeiten, Veranstaltungen zu Schlüsselfragen der Entwicklung des Ostseeraums – unseres gemeinsamen Gutes – durchführen und die Interessen unserer Landsleute schützen."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/6283915348fbef403d322e90.jpg>

14:54 de.rt.com: **Steigende Lebenshaltungskosten zwingen Menschen in Polen zur Änderung ihres Lebensstils**

Polens Bevölkerung ist angesichts steigender Lebensmittelpreise gezwungen, in Restaurants und beim Autofahren Abstriche zu machen. Laut einer Umfrage beschränken 36 Prozent der Menschen im Land ihre Ausgaben auf ein Minimum, um über die Runden zu kommen. Eine Umfrage von ARC Rynek i Opinia hat ergeben, dass 38 Prozent der Befragten in Polen, die sich früher sogenannte Luxusgüter leisten konnten, nun auf diese verzichten. Dem Forscher des Meinungsforschungsinstituts Dr. Adam Czarnecki zufolge würden die Menschen ihren Konsum einschränken und damit die Wirtschaft in einer Zeit der Stagflation, das heißt einer hohen Inflation bei gleichzeitig gedämpfter Wirtschaftsleistung, unter Druck setzen. Die Umfrage ergab auch, dass 38 Prozent der Polen aufgrund der Preiserhöhungen viel weniger sparen als früher und mehr ausgeben. Rund 13 Prozent gaben jedoch an, dass sie gar nicht mehr sparen können. In dem entsprechenden Bericht über die Umfrageergebnisse hieß es:

"Mehr als ein Drittel der Polen (36 Prozent) gibt zu, dass sie ihre täglichen Ausgaben

einschränken mussten, um genug Geld für den ganzen Monat zu haben, und jeder Vierte (24 Prozent) räumte ein, dass er sich aufgrund der höheren Preise die grundlegenden Ausgaben nicht leisten kann."

Darüber hinaus gaben 35 Prozent der polnischen Autonutzer an, dass sie aufgrund der steigenden Kraftstoffkosten weniger Auto fahren.

Der Studie zufolge gehen die Menschen vorsichtig mit finanziellen Risiken um: 18 Prozent der Polen hätten einen geplanten Kredit nicht aufgenommen und 26 Prozent hofften, bestehende Kredite so schnell wie möglich zurückzahlen zu können, da sie einen künftigen Anstieg der Zinssätze befürchten. Dazu hieß es in dem Bericht:

"Jeder fünfte Pole (21 Prozent) gibt zu, dass er lieber etwas kauft, als das Geld auf einem Konto zu lassen, weil es an Wert verliert."

Czarnecki bezeichnete dies als eine "sehr dynamische Situation im Bereich der persönlichen Finanzen, in der sich die Verbraucher unsicher fühlen" könnten.

Die Online-Umfrage wurde vom 4. bis 11. Mai durchgeführt, die Befragten waren zwischen 18 und 65 Jahren alt.

Im April lag die Inflation 12,4 Prozent höher als im Vergleich zum Vorjahresmonat.

Einem am 13. Mai veröffentlichten Bericht von Statistics Poland zufolge sind die Wohnungspreise um 17 Prozent, die Lebensmittelpreise um 13,2 Prozent und die Transportpreise um mehr als 21 Prozent gestiegen. In Restaurants und Hotels stiegen die Preise um mehr als 14 Prozent. Im Vergleich zum März dieses Jahres sind die Lebensmittelkosten um 4,4 Prozent gestiegen.

Polen hat nicht nur mit der weltweiten Lebenshaltungskostenkrise zu kämpfen, die durch den Konflikt in der Ukraine noch verschärft wird, sondern ist auch ein Hauptziel für Flüchtlinge aus der Ukraine. Nach den jüngsten Zahlen des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen sind seit Beginn des Konflikts fast 3,4 Millionen Ukrainer nach Polen gekommen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/62829e9f48fbef1b093bc893.jpg>

15:00 de.rt.com: **Ukraine bestätigt Verhandlungsabbruch mit Russland**

Michail Podoljak, Berater des Leiters des Präsidialamts der Ukraine, hat nach Angaben der ukrainischen Nachrichtenagentur UNIAN bestätigt, dass die Verhandlungen zwischen der Ukraine und Russland eingestellt sind. Die gleiche Aussage hatte zuvor auch der russische Vize-Außenminister Andrei Rudenko gemacht.

Podoljak betonte, dass die Ukraine Russlands Präsidenten Wladimir Putin nicht dabei helfen werde, "sein Gesicht zu wahren", und nichts abtreten werde. Gleichzeitig räumte der Politiker ein, dass Verhandlungen in Zukunft wiederaufgenommen werden. "Mir scheint es, sie werden von Selenskij geleitet werden", vermutete Podoljak.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/62838cbf48fbef76f745c433.jpg>

15:22 de.rt.com: **Dumasprecher Wolodin: Naziverbrecher nicht austauschen, sondern vor Gericht stellen**

Ukrainische Nazis sollten nicht gegen russische Gefangene ausgetauscht werden, so Dumasprecher Wolodin. Stattdessen sollten gefangen genommene Verbrecher vor Gericht gestellt werden. Gestern hatten sich einige der Kämpfer aus dem Asow-Stahlwerk ergeben. Gefangen genommene Asow-Naziverbrecher sollten nicht ausgetauscht werden, sondern ihr Schicksal sollte von einem Gericht entschieden werden. Dies hat der Sprecher der Staatsduma Wjatscheslaw Wolodin auf Telegramm erklärt. Er schrieb:

"Naziverbrecher sollten nicht ausgetauscht werden können. Unser Land behandelt diejenigen, die sich ergeben haben oder gefangen genommen wurden, human. Aber was die Nazis betrifft, so muss unsere Position hier unverändert sein: Sie sind Kriegsverbrecher und wir müssen alles tun, um sie vor Gericht zu stellen."

Wolodin kommentierte so den Vorschlag des Abgeordneten der Fraktion Gerechtes Russland - Für die Wahrheit, Anatoli Wasserman, den Austausch von Kriegsverbrechern des Asow-Bataillons zu verbieten.

Wolodin beauftragte den parlamentarischen Verteidigungsausschuss mit der Ausarbeitung einer entsprechenden Protokollanordnung.

Am Dienstagmorgen teilte das russische Verteidigungsministerium mit, dass sich 265 ukrainische Soldaten, darunter auch Angehörige des Asow-Bataillons, innerhalb eines Tages am Stahlwerk Asowstal in Mariupol ergeben hätten. Das Verteidigungsministerium präzisierte nicht, wie viele Soldaten dieser Einheit freiwillig die Waffen niedergelegt hatten.

Seit dem 21. März findet zwischen Moskau und Kiew ein Gefangenenaustausch statt. Der erste Fall wurde von der russischen Menschenrechtsbeauftragten Tatjana Moskalkowa gemeldet, als Russland den Bürgermeister von Melitopol Iwan Fedorow im Austausch gegen neun Russen an die Ukraine auslieferte. Der letzte Gefangenenaustausch fand nach Angaben der ukrainischen Behörden am 6. Mai statt. Anschließend erklärte Irina Wereschtschuk, die stellvertretende Ministerpräsidentin des Landes, dass 41 Personen an Kiew ausgeliefert wurden, darunter 28 Soldaten und 13 Zivilisten.

Am 24. Februar hatte der russische Präsident Wladimir Putin eine spezielle Militäroperation zur Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine angekündigt. Er nannte auch den Schutz der Bevölkerung im Donbass als eines der Ziele des Einsatzes. Ende März, nach Abschluss der wichtigsten Aufgaben in Richtung Kiew und Tschernigow, beschrieb das russische Verteidigungsministerium das Hauptziel der Sonderoperation als "vollständige Befreiung des Donbass".

Die Ukraine reagierte auf die russische Sonderoperation mit der Verhängung des Kriegsrechts,

der Ausrufung der allgemeinen Mobilmachung und dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Russland.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/6283980a48fbef403d322e9c.jpg>

15:50 de.rt.com: **Zum ersten Mal erfolgreich: US-Militär testet Hyperschallwaffe**

Die USA haben eine neue Hyperschallwaffe getestet, die mit fünffacher Schallgeschwindigkeit manövrieren und präzise Angriffe ermöglichen soll. Nach Angaben des US-Militärs war es der erste erfolgreiche Test seiner Art.

Das US-Militär hat nach eigenen Angaben zum ersten Mal einen erfolgreichen Test eines Hyperschall-Waffensystems durchgeführt. Die neue Waffe erreichte demnach Geschwindigkeiten von mehr als das 5-Fache der Schallgeschwindigkeit. Nach drei erfolglosen Versuchen war dies der erste erfolgreiche Start dieses Waffen-Prototyps.

Wie die Air Force am Montag mitteilte, wurde der Test am Wochenende in der Nähe des Luftwaffenstützpunkts Edwards in Kalifornien durchgeführt. Bei dem Versuch feuerte ein B-52-Bomber die Rakete vom Typ AGM-183A demnach vor der Südküste Kaliforniens ab.

"Nach der Trennung vom Flugzeug zündete der Booster und brannte für die erwartete Dauer, wobei Hyperschallgeschwindigkeiten erreicht wurden, die fünfmal höher waren als die Schallgeschwindigkeit", erklärte das US-Militär. Der für das Waffenprogramm der US-Luftwaffe zuständige General Heath Collins bezeichnete den Test als "große Leistung".

Obwohl das US-Verteidigungsministerium in der Vergangenheit behauptete, dass das "Boost-Glide-System" der Waffe theoretisch Geschwindigkeiten von bis zu Mach 20, also der 20-fachen Schallgeschwindigkeit erreichen könne, wurden bei dem Test am Samstag wesentlich niedrigere Werte erreicht. Zu der beim Test erreichten Reichweite der Hyperschallrakete machten die US-Behörden keine Angaben. Jedoch hatte das US-Militär ihre Reichweite zuvor schon auf rund 1.600 Kilometer beziffert.

Das Hyperschallraketen-System, das seit 2018 vom Rüstungsunternehmen Lockheed Martin entwickelt wird, hat bisher nur eine Handvoll Flugtests absolviert, darunter drei gescheiterte Booster-Tests zwischen April und Dezember 2021. Während frühere Tests der zugehörigen Sensoren und Kommunikationssysteme erfolgreich waren, veranlassten andere technische Probleme die US-Behörden im April dazu, die Weiterführung des Programms um bis zu ein Jahr zu verschieben.

Wenige Wochen zuvor hatte die US-Regierung die Mittel für dieses anvisierte "Flaggschiff" des US-Militärs noch um die Hälfte gekürzt und die parlamentarische Entscheidung mit den "jüngsten Fehlschlägen und Verzögerungen bei den Tests" begründet. Die ursprünglichen Pläne der US-Luftwaffe, in diesem Jahr die ersten zwölf Flugkörper von Lockheed Martin zu kaufen, wurden mit der Regierungsentscheidung allerdings vorerst über den Haufen geworfen, sodass eine Reihe von Fragen zum Beschaffungsprozess unbeantwortet blieben.

Dabei ist das Hyperschallraketen-System des Rüstungsherstellers Lockheed Martin nicht das Einzige seiner Art, das in Arbeit ist. Berichten zufolge führte das US-Verteidigungsministerium Mitte März unter Geheimhaltung einen Test für ein neues "Hyperschall-Luftwaffenkonzept" durch, wie ein US-Beamter dem Sender CNN erklärte. Der namentlich nicht genannte Beamte sagte damals, dass der Test geheim gehalten worden sei, um die derzeitigen Spannungen mit Russland nicht zu verschärfen, da der Test nach Angaben des Behördenmitarbeiters nur wenige Wochen nach Beginn des Ukraine-Krieges stattfand. Russland hatte in den letzten Jahren eigene Hyperschallwaffen entwickelt und bereits eingesetzt, darunter die Ch-47M2 Kinschal (Dagger), die Ende 2017 in Dienst gestellt wurde. Im März erklärte das russische Verteidigungsministerium, eine Kinschal sei zur Zerstörung eines Munitionslagers in der Westukraine eingesetzt worden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/62839e3848fbef3ef116f3ee.jpg>

15:50 de.rt.com: **Russland weist zwei finnische Diplomaten aus**

Als Reaktion auf die Ausweisung der Mitarbeiter der russischen Botschaft in Helsinki Anfang April hat Moskau angekündigt, zwei finnische Diplomaten zu Personae non gratae zu erklären. Dem finnischen Botschafter in Moskau Antti Helanterya sei ein entschiedener Protest gegen die grundlose Ausweisung des russischen Botschaftspersonals als Teil der antirussischen Sanktionskampagne der EU sowie gegen den konfrontativen Kurs Finnlands gegenüber Russland erklärt worden, hieß es in einer Erklärung des russischen Außenministeriums am Dienstag. Dazu zählte die Behörde die Waffenlieferungen an Kiew und die Vertuschung von Verbrechen ukrainischer Nationalisten gegen friedliche Bewohner des Donbass und der Ukraine.

Indessen hat der russische Außenminister Sergei Lawrow die Ausweisung russischer Diplomaten durch westliche Regierungen als Rüpelhaftigkeit beanstandet. Solche Entscheidungen würden ausschließlich von den Wünschen der Vereinigten Staaten diktiert, fügte er hinzu.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/6283a26bb480cc7ffd226095.jpg>

16:10 de.rt.com: **Österreichs Verteidigungsministerin: Neutralität "im Herzen der Österreicher"**

Während des Treffens der Verteidigungsminister der EU in Brüssel hat Österreichs Verteidigungsministerin Klaudia Tanner eine Erklärung zur Neutralität ihres Landes abgegeben. Im Zusammenhang mit den Absichtserklärungen von Schweden und Finnland, der NATO beizutreten, erklärte sie in einem auf dem Nachrichtenportal [Vienna.at](https://www.vienna.at) veröffentlichten Video:

"Es ist die Entscheidung jedes einzelnen Staates, einem Bündnis beizutreten."

Österreich sei im Gegensatz zu Finnland und Schweden, die bislang bündnisfrei wären, verfassungsrechtlich neutral. Weiterhin führte Tanner aus:

"Wir wissen, wie der Zugang der Österreicherinnen und Österreicher zur Neutralität ist, vielmehr als es in der Verfassung festgelegt ist. Das liegt im Herzen der Österreicher."

An die Ukraine könne und werde Österreich ausschließlich nichtletale Militärausrüstung liefern, erklärte Tanner nach Angaben der Nachrichtenagentur Interfax.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/6283a48db480cc01580d5b31.jpg>

16:50 de.rt.com: **Russlands Oberster Gerichtshof verhandelt über Anerkennung von Asow als terroristische Organisation**

Am 26. Mai wird sich der Oberste Gerichtshof Russlands mit einem Fall befassen, bei dem es

um die Anerkennung des ukrainischen Asow-Bataillons als terroristische Organisation geht. Dies wurde auf der Webseite des russischen Justizministeriums bekannt gegeben. Nach russischem Recht wird der Vorschlag, eine Organisation zu einer terroristischen Organisation zu erklären und zu verbieten, vom russischen Inlandsgeheimdienst FSB vorbereitet, der ihn an die Generalstaatsanwaltschaft der Russischen Föderation weiterleitet. Die FSB reicht ihrerseits eine Klage bei Gericht ein. Der Oberste Gerichtshof der Russischen Föderation befasst sich mit der Frage der Einstufung internationaler Organisationen als terroristisch.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/6283b07cb480cc13cd2cc0f2.jpg>

17:10 de.rt.com: **Italienisches Unternehmen Eni wird Gas in Rubel bezahlen**

Der italienische Mineralöl- und Energiekonzern Eni hat offiziell bekannt gegeben, dass er das Verfahren zur Eröffnung eines Doppelkontos bei der russischen Gazprombank eingeleitet hat – um russisches Gas künftig in Rubel zu bezahlen.

Eni unterstrich, dies stehe nicht im Widerspruch zu den bestehenden Sanktionen gegen Russland. Das Unternehmen präzisierte, dies sei notwendig, um die Zahlungen für diesen Monat pünktlich zu leisten und jedes Risiko für die Gasversorgung zu vermeiden.

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 17. Mai 2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige **Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs** durch.

In Wolnowacha, Wolodarskoje, Mangusch und Mariupol wurden Arbeiten zur Aufnahme von Telefondienstleistungen und zum Zugang zum Internet für die Verbraucher durchgeführt.

In 27 befreiten Ortschaften wurden Renten und Sozialzahlungen ausgezahlt.

Ärzte behandeln in den befreiten Gebieten weiter Bürger. 1091 Patienten wurden qualifiziert medizinisch behandelt.

Zivilschutzkräfte haben mehr als 8 Hektar Territorium kontrolliert und 733 explosive Objekte entdeckt.

Mitarbeiter des Zivilschutzministeriums der DVR haben 8380 humanitäre Pakete ausgegeben.

In die befreiten Territorien wurden 16 Tonnen Wasser geliefert.

In die befreiten Gebiete wurden 18 Tonnen Wasser geliefert.

Die **Verwaltungen der Bezirke** nehmen weiter Mitteilungen über Probleme und en Bedarf der Bevölkerung in den befreiten Ortschaften an.

Das **Innenministerium und die Militärkommandantur** der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Für einen ungehinderten Verkehr auf dem befreiten Territorium der Donezker Volksrepublik müssen Bürger, die in Mariupol leben, sich an das territoriale Organ des Innenministerium (Bezirksabteilung Mangusch, Wolodarskoje, Nowoasowsk), den Passierpunkt Besymennoje oder Mangusch (den ehemaligen Verkehrspolizeiposten) wenden.

Nach der Überprüfung wird eine entsprechende Bescheinigung ausgegeben. Mit dieser Bescheinigung muss man sich an die Militärkommandantur wenden (diese gibt es in jedem der aufgezählten Ortschaften).

Die Kommandantur gibt auf Grundlage der vorgelegten Bescheinigung einen Passierschein aus, der das Recht auf unbehinderten Verkehr sichert.

Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten wir, sich unverzüglich an die Telefonnummern des Staatssicherheitsministerium der DVR zu wenden.

17:30 de.rt.com: **Netzagentur: Bei Erdgas-Ausfall sollen Kohlekraftwerke reaktiviert werden**

Der Präsident der Bundesnetzagentur, Klaus Müller, hat gegenüber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung erklärt, dass Gaskraftwerke in Deutschland bei einem möglichen Lieferstopp von Erdgas aus Russland abgeschaltet werden sollen – es sei denn, sie dienen der Netzstabilität. Und Müller fügte hinzu:

"Ich erwarte, dass die Kraftwerksbetreiber eine Reihe von Kohlekraftwerken wieder einsetzen können und sollten, um damit Strom zu erzeugen statt aus Gas. Das schmerzt den Klimaschützer in mir, denn die Treibhausgasbilanz verschlechtert sich."

17:50 de.rt.com: **Ostbeauftragter erwartet neue Struktur der Rosneft-Raffinerie Schwedt**

Der Ostbeauftragte Carsten Schneider rechnet "in kurzer Zeit" mit einer neuen Gesellschafterstruktur bei der PCK-Raffinerie in Schwedt, die bisher mehrheitlich zum russischen Staatskonzern Rosneft gehört. Dies sagte der SPD-Politiker am Dienstag in Potsdam. "Dann werden wir auch diesen Standort sichern und auch die Wettbewerbsfähigkeit" herstellen, fügte er hinzu.

Hintergrund ist die Debatte über ein EU-Ölembargo gegen Russland. Die PCK-Raffinerie gehört mehrheitlich der deutschen Tochter des russischen Rosneft-Konzerns und verarbeitet russisches Öl aus der Druschba-Pipeline. Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck will das Werk über Rostock und Danzig mit Rohöl aus anderen Quellen versorgen, woran der russische Betreiber nach Habecks Darstellung aber kein Interesse hat.

Auf Grundlage eines neuen Gesetzes könnte die Anlage nötigenfalls unter staatliche Kontrolle gestellt werden. Neben der Rosneft Deutschland GmbH (54,17 Prozent) halten aber auch die Shell Deutschland GmbH (37,5 Prozent) und die Eni Deutschland GmbH (8,33 Prozent) Anteile. Wie eine neue Gesellschafterstruktur aussehen könnte, ist unklar.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/6283a95948fbef403d322eb8.jpg>

abends:

18:10 de.rt.com: **Russischer Kriegsberichterstatter nennt Stärke der Truppen im Hüttenwerk Asow-Stahl**

Der für die russische Mediengesellschaft WGTRK tätige Kriegsberichterstatter Alexander Sladkow hat auf seinem Telegramkanal ein [Video](#) veröffentlicht, wo er die Anzahl der im Mariupoler Asow-Stahl-Werk eingeschlossenen ukrainischen Militärangehörigen nannte, die heute faktisch kapituliert haben. Sladkow gab an, beim Empfang der ukrainischen Gefangenen persönlich dagegewesen zu sein. Gleichzeitig erklärte er aber, dass das Thema "ernst" und er für vorschnelle Kommentare noch nicht bereit sei. Daher wolle er sich vorerst auf bloße Zahlen beschränken.

Nach Sladkows Angaben befanden sich in dem Stahlwerk zum Zeitpunkt der Kapitulation über 2.500 ukrainische Militärangehörige. Darunter seien 404 Verwundete und 55 schwer Verwundete. Des Weiteren gebe es 200 Gefallene, deren Leichen eingefroren seien, und drei russische Kriegsgefangene – "ein Offizier und zwei Soldaten". Von den ukrainischen Truppen sollen 804 dem neonazistischen Asow-Battailon angehören, während es sich bei dem Rest von ihnen um Angehörige anderer Einheiten handle.

Laut Sladkow wurden die Schwerverwundeten unter ärztlicher Begleitung ins Krankenhaus von Nowoasowsk, Volksrepublik Donezk, abtransportiert. Die russische Seite werde "ganz im Einklang mit der Konvention" Medikamente für alle Verwundeten bereitstellen.

Zusammenfassend charakterisierte Sladkow die Vorgänge in und bei dem Hüttenwerk Asow-Stahl als "die Krönung unserer erfolgreichen Operation in Mariupol".



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/6283b224b480cc7f9c7e54b7.jpg>

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:00 Uhr am 17.5.22**

Seit Beginn des heutigen Tages hat der Gegner mehr als 160 Artillerie- und Mörsergeschosse mit 122mm-Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, 152mm- und 122mm-Rohrartillerie sowie 120mm- und 82mm-Mörsern abgefeuert.

Die Gebiete von **8 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge der ukrainischen Aggression wurde ein Zivilist verletzt. 4 Wohnhäuser und 4 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Die Materialien zur Verletzung des Zivilisten sowie zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Nationalisten hinzuzufügen.

Soldaten der Donezker Volksrepublik befreien gemeinsam mit den Streitkräfte der Russischen Föderation weitere Ortschaften unserer Republik von den ukrainischen Besatzern. Seit Beginn des heutigen Tages haben unsere Soldaten 29 ukrainische Nationalisten, 8 Feuerstellungen, einen Schützenpanzer, einen Schützenpanzerwagen und einen Lastwagen vernichtet. Ein 152mm-Artilleriegeschütz 2S3 „Akazija“, ein gepanzertes Kommandostabsfahrzeug und ein Feldartillerielager wurden erobert. **5 Soldaten der 25. Luftlandebrigade und 10 Soldaten der 54. mechanisierten Brigade legten freiwillig die Waffen nieder** und gingen auf die Seite der Donezker Volksrepublik über.

Mit Trauer teilen wir mit, dass in den letzten 24 Stunden 5 Verteidiger der Donezker Volksrepublik im Kampf für die Unabhängigkeit bei der Ausführung ihrer militärischen Pflicht starb und 22 verletzt wurden.

Wir sprechen den Verwandten und Freunden der Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus. Gesondert will ich auf das Heldentum der Verteidiger der Donezker Volksrepublik eingehen, deren Mut und Kühnheit im Kampf gegen die ukrainischen Nationalisten ein Vorbild für zukünftige Generationen sind.

Am 23. März nahm der Kommandeur der 2. Einheit des 2. Zugs der 1. Batterie von Antipanzerlenkraketen einer Abteilung einer Artilleriebrigade Feldwebel Maxim Jurjewitsch Balberow während eines Kampfes im Gebiet von Jelenowka unter stürmischen Artilleriefeuer des Gegners unter Gefahr für sein Leben eine günstige Feuerposition auf einer Anhöhe ein und vernichtete persönlich vier dauerhafte Feuerpunkte und 2 Feuerpunkte der Nationalisten. Dank seinen fachkundigen Handlungen wurde ein sicheres Vorrücken der angreifenden Einheiten und das Durchkommen einer Kolonne mit Munition und Lebensmitteln für unsere Truppen gewährleistet.

18:30 de.rt.com: **Bundeswehr-Aufrüstung: Scholz appelliert an "patriotische Zusammenarbeit"**

Im Ringen um die Bildung eines Sondervermögens für die Bundeswehr in Höhe von 100 Milliarden Euro hat sich Bundeskanzler Olaf Scholz zuversichtlich zu den Einigungschancen mit der Union geäußert. Man setze dabei auf "eine patriotische Zusammenarbeit" mit der größten Oppositionsfraktion, sagte Scholz am Dienstag in Berlin. "Diese Gespräche finden statt. Und mein Eindruck ist, dass sie auf einem guten Weg sind."

Das 100-Milliarden-Programm hatte Scholz drei Tage nach Beginn des Ukraine-Kriegs in seiner sogenannten "Zeitenwende-Rede" im Bundestag angekündigt. Es soll im Grundgesetz verankert werden, weil es an der Schuldenbremse vorbei komplett aus Krediten finanziert werden soll. Dafür ist jedoch eine Zwei-Drittel-Mehrheit im Bundestag nötig, die die Ampel-Koalition von SPD, Grünen und FDP allein nicht hat. Seit Wochen wird daher mit der Union verhandelt, die mehrere Bedingungen für eine Zustimmung gestellt hat. In dieser Woche wird der Bundestag, anders als ursprünglich geplant, allerdings noch nicht entscheiden.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/6283bb07b480cc7ffd2260be.jpg>

18:43 de.rt.com: **Unter dem Deckmantel der Inneren Sicherheit: EU bringt Gesetze zur Dauerüberwachung voran**

Die Europäische Union arbeitet derzeit an einem "Biometrie-Speicher", der unter anderem die Arbeit der EU-Agentur Frontex erleichtern soll. KI-basierte Software zur Gesichtserkennung soll hier künftig bei der Identifizierung von Personen helfen – allerdings nicht nur bei der Ein- und Ausreise.

Wenn Behörden ihre Entscheidungen auf Grundlage von Überwachungsmöglichkeiten mit KI-basierten Algorithmen treffen – wie etwa der "biometrischen Gesichtserkennung" –, dann wird es gefährlich. Denn was gestern in Europa noch unvorstellbar schien, könnte nach den Plänen der Europäischen Union (EU) auch hier bald schon Realität werden. Demnach sollen Ein- und Ausreisende von den Grenzschutzbehörden für den Schengen-Raum künftig zusätzlich anhand einer Gesichtserkennungssoftware identifiziert werden. Doch die entsprechenden EU-Ambitionen gehen noch viel weiter – auch der öffentliche Raum soll so überwacht werden.

Vergangene Woche fand der alljährliche "Europäische Polizeikongress" (der EU) statt. Hauptthema der Veranstaltung war über weite Strecken das neue Ein- und Ausreisensystem EES der EU-Grenzschutzbehörde Frontex. Das auf künstlicher Intelligenz basierende System soll künftig alle Grenzübertritte von Einreisenden aus Drittstaaten an den EU-Außengrenzen erfassen.

Durch das EES werden die sogenannten Stammdaten der Einreisenden aus Drittländern wie etwa der Name und das Geburtsdatum von der Person erhoben. Darüber hinaus sollen in der EU-weiten Datenbank auch biometrische Daten wie Fingerabdrücke und mit der Biometrie

konforme Lichtbilder gespeichert werden. Bei der erstmaligen Einreise in den Schengen-Raum soll nach den Plänen der EU anhand dieser erhobenen Daten somit ein Dossier der jeweiligen Person erstellt werden, auf das künftig dann auch alle anderen EU-Behörden Zugriff haben werden.

Noch nicht ganz klar ist, inwieweit das neue Grenzschutzsystem auch in andere Projekte, wie etwa die Überwachung des öffentlichen Raums, integriert werden soll. Erst kürzlich beschlossen die einzelnen EU-Institutionen im Rahmen des "AI Act", ihres weitgehend noch unbekanntes sogenannten "[Artificial Intelligence Act](#)", einstimmig die Verordnungen "Digitaler Markt" (DMA) und "Digitale Services" (DSA). An der dazu gehörenden Regulierung des Einsatzes Künstlicher Intelligenz (KI/AI) wird derzeit auch schon gearbeitet – ohne zu großes Aufsehen in der Bevölkerung erregen zu wollen.

Denn insbesondere bezüglich der geplanten Regularien zeichnen sich nun erhebliche Kontroversen darüber ab, was da eigentlich alles genau reguliert wird. Die EU-Pläne würden nämlich tief in die Lebenswelt aller EU-Bürger eingreifen. Demnach sollen auch an öffentlichen Plätzen künftig Systeme zur biometrischen Gesichtserkennung eingesetzt werden, in denen eine Software mit der Hilfe von Kameras, eine Person identifiziert und dabei sämtliche bereits verfügbare Daten über die sich dort aufhaltende Person aggregiert, ohne dass es den erfassten Personen in jenem Moment wirklich bewusst sein kann. Hinzu kommt, dass diese KI-Algorithmen bis heute eigentlich keine eindeutigen, hundertprozentigen Ergebnisse liefern können, sondern "nur" Wahrscheinlichkeiten berechnen: Ein gefährliches Spiel, vor allem für die betroffenen Personen.

Wie riskant die Nutzung solcher KI-basierten Systeme sein kann, hat unter anderem ein Skandal gezeigt, der Anfang 2021 zum Rücktritt der niederländischen Regierung führte. Seit 2012 nutzten die Behörden dort eine KI-Software zur Erkennung von Sozialbetrug. Statt die Ergebnisse der Software zu überprüfen, verließen sich die Beamten offensichtlich gänzlich auf die eingesetzte Künstliche Intelligenz. Die auf solche Weise durch Algorithmen des vermeintlichen Sozialbetrugs Überführten sahen sich in der Folge mit fünfstelligen Rückforderungen an Kindergeld und anderen Sozialleistungen konfrontiert. Allerdings waren die auf der Grundlage von Wahrscheinlichkeiten erzeugten Daten falsch. Als der Skandal 2020 ans Licht kam, waren es mittlerweile 26.000 niederländische Familien, die zu Unrecht als Sozialbetrüger "entlarvt" worden waren.

Solche Skandale führten mitunter dazu, dass die Vorhaben der EU zur Nutzung Künstlicher Intelligenz zunehmend stark umstritten sind. Denn zudem könnten EU-Mitgliedsländer solche Systeme auch benutzen, um gezielt politische Gegner (oder einfach nur Andersdenkende?) zu verfolgen. Durch die geplante Nutzung der neuen Überwachungsmaßnahmen würden "wichtige verfahrenstechnische und gerichtliche Schutzmaßnahmen" ausdrücklich aufgehoben, warnte unter anderem die Bürgerrechtsorganisation European Digital Rights ([EDRi](#)). Jede Gesichtsdatenbank erhöhe demnach das Risiko einer biometrischen Massenüberwachung, so die Bürgerrechtsorganisation.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/62824a7548fbef2457781028.jpg>

18:50 de.rt.com: **Anzahl der tschechischen Freiwilligen für die Ukraine zurückgegangen**

Tschechische Staatsbürger sind zunehmend weniger bereit, der ukrainischen Armee beizutreten. Das berichtet die russische Onlinezeitung Lenta.ru unter Verweis auf das tschechische Nachrichtenportal Lidovky.cz.

Im März hätten hunderte Tschechen einen Beitritt zu den ukrainischen Streitkräften beantragt, nach einiger Zeit aber die Anträge wieder zurückgezogen. Die Autorin des tschechischen Artikels führte dies auf das sinkende Interesse an einer Verteidigung der Ukraine zurück. Tschechiens Verteidigungsministerium bestätigte den Rückgang der Neuanträge auf eine Aufnahme in die ukrainische Armee. Von 600 eingereichten Anträgen seien nur 400 übrig geblieben. Laut Jana Zechmeisterová, der Pressesprecherin des Ministeriums, lasse sich in den letzten Wochen insgesamt ein Rückgang der Neuanträge feststellen.

Der von Lidovky befragte ehemalige Militärangehörige Lumír Němec sah die Ursache für die Rücknahme von Anträgen darin, dass den Menschen die Ernsthaftigkeit der Kampfhandlungen bewusst werde. Zunächst sei das Interesse groß gewesen, aber danach hätten viele eingesehen, "dass es kein Scherz ist, dass wirklich gekämpft wird, dass dort Menschen sterben."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/6283b8adb480cc7f9c7e54c2.jpg>

19:30 de.rt.com: **Putin nennt EU-Energiapolitik "ökonomisches Autodafé"**

Wie TASS [meldet](#), hat der russische Präsident Wladimir Putin die Energiapolitik der

europäischen Länder, gemeint ist damit die Europäische Union (EU), als "wirtschaftlichen Selbstmord" bezeichnet.

"Es liegt auf der Hand, dass mit den russischen Energieressourcen die Möglichkeit, die Wirtschaftstätigkeit zu steigern, [den Kontinent] Europa in Richtung anderer Weltregionen verlassen wird. Solch ein wirtschaftliches Autodafé, ein solcher ökonomischer Selbstmord ist natürlich eine innere Angelegenheit der europäischen Länder",

sagte Putin auf einer Tagung über die Entwicklung der Ölindustrie. Und er zog den Schluss: "Wir müssen pragmatisch handeln und in erster Linie von unseren eigenen wirtschaftlichen Interessen ausgehen."

Putin erklärte, die steigenden Energiepreise würden die Wettbewerbsfähigkeit der EU-Industrie untergraben.

"Der Verzicht auf russische Energieressourcen führt dazu, dass Europa systematisch und langfristig zur Region mit den höchsten Energiekosten der Welt wird ...", prognostizierte der russische Staatschef. Und er fügte hinzu:

"Dies kann die Wettbewerbsfähigkeit eines bedeutenden Teils der europäischen Industrie, die schon jetzt zunehmend an Unternehmen aus anderen Regionen der Welt verliert, ernsthaft und nach Ansicht einiger Experten unwiderruflich untergraben."

Von nun an würden sich all diese Prozesse nur noch beschleunigen, so der russische Präsident. Putin betonte in diesem Zusammenhang, dass "Europa" [die EU; Anm. d. Red.] sich selbst die Aufgabe stelle, auf russische Energieträger zu verzichten – und dabei den Schaden für seine eigene Wirtschaft ignoriere.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/6283be5b48fbef3ef116f41e.jpg>

20:36 (19:36) novorosinform.org: „**Der Tagesplan sind tausend Menschen**“:
Chodakowskij sprach über die Kapitulation von „Asowstal“

Ukrainische Kämpfer ergeben sich in kleinen und großen Gruppen, aber ohne besondere Organisation, sagte der Kommandeur des Wostok-Bataillons Alexander Chodakowskij. Die Mariupol-Garnison der Streitkräfte der Ukraine ergebe sich weiterhin den Streitkräften der Russischen Föderation und der DVR. Die Kämpfer verließen das Territorium des Asowstal-Werks in kleinen und großen Gruppen, [schrieb](#) Alexander Khodakovsky in seinem Telegram-Kanal.

"Es ist noch ein paar Stunden hell, bevor die Gänge geschlossen werden, aber der Plan ist noch lange nicht erfüllt - sie kommen in Gruppen von sieben bis achtzig Personen heraus, in großen Abständen, ohne viel Organisation“, schrieb der Kommandeur des Wostok-Bataillons. Er fügte hinzu, dass nach der Kapitulation der ukrainischen Kämpfer eine „Säuberung“ des Werksgeländes notwendig sei. Laut Chodakovskij erwarten die DVR-Kämpfer "Überraschungen" vom Feind. Vertreter der ukrainischen bewaffneten Formationen werden versuchen, die Ausrüstung des Werks und die Waffen zu zerstören, fasste der

Bataillonskommandeur zusammen.



https://novorosinform.org/content/images/46/69/44669_720x405.jpg

19:50 de.rt.com: **Mindestens sieben Busse mit ukrainischen Kämpfern verlassen "Asow-Stahl"**

Ein Konvoi von sieben Bussen mit ukrainischen "Soldaten" (tatsächlich überwiegend wohl eher Angehörige des nazistischen "Asow"-Bataillons), die von einem Mi-24-Hubschrauber begleitet wurden, hat das Werksgelände von "Asow-Stahl" verlassen. Das [berichtete](#) der Telegram-Kanal Readovka. Nach vorläufigen Angaben seien 256 Personen evakuiert worden. Wie es heißt, hätten sich die Kämpfer der nationalistischen Einheit "Asow", die in der Anlage "Asow-Stahl" in Mariupol eingeschlossen waren, bedingungslos ergeben. Dies habe der stellvertretende ständige Vertreter Russlands bei der UNO, Dmitri Poljanski, erklärt.



https://cdn4.telegram-cdn.org/file/EqdRh1jxufvF0dHGQ_yFXRwimZczcAZ7zaoep6nF7rCJRw8bn5ZqHaj_WEnxH0hUDHv3bOs4Te-cLKqa5dDEY69Z15OMjEYMUNYxGCWQ1ghzBsRoZYQNTDxgaNVXGAlvGM24X2appdJvL0wtyRXeKEcKt6tPnyx0Q7wcLkg4fi9WfPNLRNRDFKZcRReDtOGykq896_-v0cgE-3zH1K50mEH-KsTuyq36PcBzfSEmbZzKkNGXsSZ7SAD9Wudc3k_EecQ9fgC4Btn9LjJu1rGbgekTBqCKlQI7wHxPuAAWrtwrSMhpTEXL5rmrXrch6OxpfaNIqZFmThoGb6oLXtE1w